

Empire, Common Wealth und Demokratie.

Liefere Michael Hardt und Antonio Negri die versprochene Alternative zum globalen Kapitalismus?

- 1. Globaler Kapitalismus ohne Weltstaat in der Krise**
- 2. Wandel der Gesellschaftsformation und Widerstand**
- 3. Weder Sozialdemokratie noch bisheriger Kommunismus:
Das Gemeinsame in Selbstverwaltung**
- 4. Ansatzpunkte der Veränderungsstrategie**
- 5. Konkrete Schritte zur Umgestaltung des Kapitalismus**
- 6. Kritische Anmerkungen**

Hardt, M., & Negri, A. (2003). *Empire. Die neue Weltordnung* (Durchges. Studienausg ed.). Frankfurt am Main[u.a.]: Campus.

Hardt, M., & Negri, A. (2010). *Common Wealth. Das Ende des Eigentums*. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus.

Hardt, M., & Negri, A. (2013). *Demokratie! Wofür wir kämpfen*. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus.

Quelle dieses Textes:

http://www.einemann.de/Dokumente/Hardt_Negri.pdf

Eine Alternative zum globalen Kapitalismus wird auf der Rückseite des Buches „Demokratie“ (2013) versprochen. Es basiert vor allem auf den vorher veröffentlichten grundlegenden Werken „Empire“ (2003) und „Common Wealth“ (2010). Die hier diskutierten drei Bücher haben insgesamt ein Volumen von gut 1.000 Seiten.

Die ersten beiden „dicken“ Bücher (zusammen ca. 900 Seiten) bewegen sich auf einem Niveau, dass selbst für studierte und promovierte Sozialwissenschaftler zumindest nicht immer einfach nachvollziehbar ist. Angenehmer wird es, wenn man erst einmal die Ausführungen der Autoren zu Begriffen wie „Empire“, „Multitude“ oder „biopolitische Produktion“ verstanden hat. Dennoch fragt man sich häufig, was die immer wieder auftretenden längeren Abhandlungen zu berühmten (philosophischen) Denkern zum jeweils erläuterten Kern beitragen und ob der an unzähligen Stellen in allen Büchern vorgetragene Rückgriff auf Baruch de Spinoza (1632-1677) wirklich unverzichtbar ist. Nicht verleugnen lässt sich der intellektuelle Hintergrund der Autoren: Hardt ist Literaturwissenschaftler, Negri wird als politischer Philosoph vorgestellt und hat sich schon in den siebziger Jahren einen gewissen Ruhm als profunder Kenner des Marxismus erarbeitet (u. a. „Zyklus und Krise bei Marx“, 1972 und „Staat in der Krise“, 1977). Immer wieder eingestreute Rückgriffe auf marxistische Theoreme verwundern deshalb ebenso wenig wie der Blick auf langfristige gesellschaftliche Entwicklungen über Personen, Auseinandersetzungen und Generationen hinweg; die Autoren erwähnen den Begriff „materialistische Teleologie“ (2003, S. 79). Ökonomen, Politologen oder Soziologen würden (und könnten?) solche Bücher wohl kaum schreiben.

Vor Bemerkungen zu den Werken ist ein Hinweis auf den eigenen Hintergrund und die Perspektive der Betrachtung sehr wichtig. Hier soll es nicht um philosophische Diskurse gehen - es fragt vielmehr ein (empirisch orientierter) Sozialwissenschaftler mit Interesse an Vorschlägen für (praktisch vorstellbare) politische Interventionen nach den Beiträgen von Hardt und Negri zur Analyse (zukünftiger) gesellschaftlicher Entwicklungen und vor allem nach ihren Vorstellungen von der angekündigten „Alternative zum globalen Kapitalismus“. Insofern basiert die Struktur der folgenden Ausführungen auf dem interessegeleiteten Blick des Rezensenten und nicht auf den Vorgaben der zugrundeliegenden Bücher. Um es höflich zu formulieren: die hier

zusammengetragenen Vorstellungen von Hardt und Negri erschließen sich keineswegs zwingend auf den ersten Blick.

Die ausführlichen Zitate dienen dazu, die Sicht der Autoren möglichst präzise wiederzugeben – und anderen die Möglichkeit zu geben, sich belegbar auf Hardt und Negri zu beziehen, ohne sich mit der mühsamen Lektüre der langen Texte zu belasten.

1. Globaler Kapitalismus ohne Weltstaat in der Krise

Hardt und Negri werten die Herausbildung des globalen Weltkapitalismus aus marxistischer Perspektive als konsequente Weiterentwicklung der Geschichte; sie denken in langfristigen historischen Dimensionen und weisen immer wieder darauf hin, dass der gegenwärtig dominante und variantenreiche globale Kapitalismus weder der Anfang noch das Ende der Geschichte ist. „Das Kapital wird nicht für immer herrschen und es wird, wenn es seine eigenen Herrschaftsinteressen verfolgt, die Voraussetzungen schaffen für die Produktionsweise und die Gesellschaft, die ihm letztlich nachfolgen werden. Das ist ein langer Prozess, ähnlich langwierig wie der Übergang von der feudalistischen zur kapitalistischen Produktionsweise, und es lässt sich nicht sagen, wann er die entscheidende Schwelle überschreiten wird, aber wir können – in der Autonomie biopolitischer Produktion, in der Zentralität des Gemeinsamen und in beider zunehmender Loslösung von kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft – im Gehäuse der alten schon die Umrisse einer neuen Gesellschaft erkennen.“ (2010, S. 310/11).

In der zunächst ökonomischen Herausbildung einer Weltgesellschaft sehen die Autoren die positive Perspektive (2003, S. 57ff) der Überwindung der Relevanz von (historisch überfälligen) Nationalstaaten: „Die Vereinigten Staaten bilden nicht das Zentrum eines imperialistischen Projekts, und tatsächlich ist dazu heute kein Nationalstaat in der Lage. Der Imperialismus ist vorbei. Keine Nation kann in dem Sinne die Weltführung beanspruchen, wie die modernen europäischen Nationen dies taten.“ (2003, S. 12). Und: „Wir leben heute in einer Übergangszeit, in einem Interregnum, in dem der alte Imperialismus bereits tot und das neue Empire noch im Entstehen ist.“ (2010, S. 234). Hardt und Negri glauben nicht an die Herausbildung

einer Weltstaates und einer Weltregierung, sondern vermuten (auf absehbare Zeit) die Lösung globaler Probleme auf Basis von eher informellen Regelungsstrukturen und neuen Institutionen jenseits von (National-)Staaten. „Der Terminus der Global Governance wird im Allgemeinen dazu verwendet, Regelungsstrukturen zu beschreiben, die funktionieren und Normen produzieren (oftmals ad hoc und auf vielfältige Weise), obwohl eine übergreifende politische Autorität wie etwa eine Hegemonialmacht oder das internationale System fehlt.“ (2010, S. 237/39). Nach Überzeugung der Autoren „nimmt die gegenwärtige Weltordnung nicht die Gestalt eines ‚Weltstaates‘ an und reproduziert auch nicht die Regierungsstrukturen, die im Kontext des Nationalstaates entwickelt wurden...“ (2010, S. 378).

Allerdings: „Der Kapitalismus ist definiert durch die Krise.“ (2010, S. 299). Hardt und Negri sprechen von den „Verheerungen, die Neoliberalismus und ungezügelter Kapitalismus angerichtet haben“ und begründen damit auch den dringenden Veränderungsbedarf: „In der Tat zerstört das Kapital das Gemeinsame in seiner physischen wie in seiner sozialen Form in alarmierendem Maße. Der Klimawandel, der Raubbau an den Ressourcen und andere ökologische Katastrophen werden immer bedrohlicher. Auch extreme gesellschaftliche Ungleichheit, auf Reichtum, ethnischer Zugehörigkeit oder Nationalität beruhende Barrieren und Hierarchien, bedrückende Armut und eine Reihe weiterer Bedrohungen erschüttern die sozialen Formen des Gemeinsamen.“ (2010, S. 284).

2. Wandel der Gesellschaftsformation und Widerstand

Hardt und Negri schreiben dem in der kapitalistischen Entwicklung selbst angelegten „objektiven“ Strukturwandel eine zentrale Rolle für die Veränderung der Gesellschaftsformation zu - darauf wurde schon hingewiesen. Man könne „im Gehäuse der alten schon die Umrisse einer neuen Gesellschaft erkennen“ – das liegt vor allem „in der Autonomie biopolitischer Produktion, in der Zentralität des Gemeinsamen und in beider zunehmender Loslösung von kapitalistischer Ausbeutung und Herrschaft“. (2010, S. 311).

Diese Überlegung geht zurück auf die Marx-These, dass die Produktivkräfte einer Gesellschaft an die Grenzen der Produktionsverhältnisse stoßen und diese (durch menschliche Aktivitäten als Träger der neuen Dynamik) über kurz oder lang mehr oder weniger revolutionär durch eine neue gesellschaftliche Ordnung ersetzt werden. Das wird zunächst für die Ablösung der Feudalgesellschaft erläutert (2003, S. 108; 2010, S. 307ff) und dann auf die aktuelle Situation bezogen. Die Strukturveränderungen des hierarchischen Industriekapitalismus hin zu einem flexiblen digital vernetzten Kapitalismus mit zunehmender Bedeutung der immateriellen Produktion belegen Hardt und Negri mit dem Begriff „biopolitische Produktion“ (2003, S. 37ff; 2010, S. 145ff). Sie machen z. B. eine gewisse „Autonomie der produktiven Netzwerke gegenüber kapitalistischem Kommando und den korrupten gesellschaftlichen Institutionen“ (2010, S. 295) aus und meinen, dass „zahlreiche Kernbegriffe der politischen Ökonomie überdacht werden“ (2010, S. 293) müssen. Sie sind überzeugt: „Der Schlüsselbegriff für das Verständnis heutiger Wirtschaftsproduktion ist das Gemeinsame, als Produktivkraft ebenso wie als Form, in der Reichtum produziert wird.“ (2010, S. 291). Zentrale Elemente dieses Gemeinsamen (von Ökonomen bisher häufig mithilfe des Begriffs der „Externalität“ gering geschätzt) sind das Wissen und die Kultur einer Gesellschaft, die für Kreativität und Wachstum, Produktion und Innovation von zunehmender Bedeutung sind und sich sowohl der privaten Aneignung als auch der staatlichen Kontrolle entziehen (können). „Das Gemeinsame wird in seiner natürlichen wie in seiner künstlichen Form zum zentralen und wesentlichen Element in allen Bereichen wirtschaftlicher Produktion.“ (2010, S. 293).

Nach Ansicht von Hardt und Negri „darf man die kapitalistischen Krisen nicht nur in ihrer objektiven Erscheinungsform betrachten ... sondern muss auch und wichtiger noch ihre subjektive Seite in den Blick nehmen. Den produktiven Subjektivitäten werden unzählige Hindernisse in den Weg gelegt: Barrieren, die den Zugang zum Gemeinsamen blockieren oder es korrumpieren...“ (2010, S. 316). Eine Basis für breit getragene Veränderungsinteressen sehen sie in dem, was sie „doppelte Produktion von Subjektivität“ nennen. „Das Industrieunternehmen ist nicht mehr wie früher ... in der Lage, die Produktivkräfte zu zentralisieren und die Arbeitskräfte ins Kapital zu integrieren.“ (S.302). „Die daraus resultierende Situation zeichnet sich durch eine doppelte Produktion von Subjektivität aus: durch die Produktion zweier gegensätzlicher, konfligierender Subjektivitäten, die in der gleichen sozialen Welt

nebeneinander existieren. Eine kapitalistische Macht ... existiert, oftmals mit Unbehagen, neben einer Menge produktiver Subjektivitäten, die zunehmend über die konstituierenden Fähigkeiten verfügen, um selbständig zu existieren und eine neue Welt zu schaffen.“ (2010, S. 302/03).

Neben dieser möglichen Gegenkraft mit (ökonomischen) Eigeninteressen an einer Veränderung der Verhältnisse betonen Hardt und Negri auch die Rolle von Widerstandsbewegungen, deren Aktivitäten den Charakter des Systems verändern: „Wir interpretieren die historischen Entwicklungen als eine permanente, sich wechselseitig determinierende Beziehung zwischen kapitalistischen Herrschaftsstrukturen und den Kämpfen um Befreiung.“ (2003, 158). Insofern ist es nur konsequent, dass sie bei der Auslotung von Perspektiven der Überwindung kapitalistischer Strukturen ein besonderes Augenmerk auf kritische Bewegungen legen.

Die zentrale Rolle bei den zukünftigen Veränderungen weisen sie der Menge (Multitude) derer zu, die nicht am Eigentum beteiligt sind. „Insofern die Republik in ihrer herrschenden Form durch Eigentum definiert ist, steht die Multitude, die Menge, ihr entgegen und ihr Kennzeichen ist die Armut.“ (2010, S. 54). „Die Armen, ob sie für Lohn arbeiten oder nicht, stehen nicht außerhalb des historischen Ursprungs oder der geografischen Grenzen der kapitalistischen Produktion, sie befinden sich heute zunehmend in ihrem Zentrum – und damit tritt die Multitude der Armen in den Mittelpunkt des Projekts revolutionärer Veränderung.“ (2010, S. 69).

3. Weder Sozialdemokratie noch bisheriger Kommunismus: Das Gemeinsame in Selbstverwaltung

Perspektiven der Systemveränderung werden ja nicht erst seit gestern diskutiert, und historische Erfahrungen (im Wesentlichen des Scheiterns) mit Umsetzungsversuchen verdienen eine Berücksichtigung. Hardt und Negri halten sozialdemokratische Reformansätze im Kern für systemstabilisierend und die traditionelle kommunistische Revolutionsvorstellung für ebenso falsch wie die praktische Gesellschaftsgestaltung im (vor allem osteuropäischen) bürokratischen Sozialismus.

Die Auseinandersetzung mit einer Reihe von Theoretikern, die sie für Repräsentanten (oder Stichwortgeber) eines sozialdemokratischen Ansatzes halten (Erwähnung finden u. a. Kant, Habermas, Beck, Giddens und Stiglitz, 2010, S. 33-35), führt zu der Erkenntnis, dass eine grundlegende Veränderung des kapitalistischen Systems mit Hilfe von Reformen nicht zu erwarten ist. „Darin besteht das Wesen der Sozialdemokratie in all ihren verschiedenen Ausprägungen: gesellschaftliche Reformen vorzuschlagen, an deren Ende bisweilen sogar Gleichheit, Freiheit und Demokratie stehen, denen es jedoch nicht gelingt, die Struktur der Republik des Eigentums in Frage zu stellen – oder die sie sogar zu verteidigen. Dergestalt greifen der sozialdemokratische Reformismus und der Reformismus des Kapitals aufs Beste ineinander.“ (2010, S. 35).

Die sehr bissige Abrechnung mit den weithin bekannten Ansätzen und Praktiken des Kommunismus bzw. Sozialismus erfolgt an vielen Stellen der Bücher; ein eigenes Unterkapitel hat sogar die Überschrift „Sozialistische Illusionen“ (2010, S. 280ff). „Es ist wichtig zu begreifen, dass Sozialismus und Kapitalismus niemals Gegensätze waren, sondern, wie viele kritische Beobachter der Sowjetunion anmerkten, dass der Sozialismus ein Regime für die staatliche Lenkung kapitalistischer Produktion darstellt ... Der Sozialismus ist letztlich also ein Regime zur Förderung und Regulierung des Industriekapitals, ein Regime der Arbeitsdisziplin, das durch den Staat und bürokratische Institutionen umgesetzt wird.“ (2010, S. 280). „Die Führung der sozialistischen Staaten stimmte im wesentlichen mit dem Projekt der Disziplingesellschaft überein. Lenins berühmte Begeisterung für den Taylorismus wurde später durch die Modernisierungsprojekte Maos übertrumpft.“ (2003, S. 260). Hardt und Negri führen den „Zusammenbruch der Sowjetunion“ (wie übrigens auch Gorbatschow) vor allem auf das „Fehlen von Flexibilität“ zurück – weil das System „strukturell nicht in der Lage war, über das Modell disziplinärer Regulation hinauszugehen...“ (2003, S. 287). „Die Planung, wie sie der Staatssozialismus praktizierte, starb eines elenden Todes, und niemand sollte ihr eine Träne nachweinen oder auf den Gedanken kommen, sie wiederbeleben zu wollen. Ihre Grausamkeit und Ineffizienz resultierte vor allem aus der Zentralisierung der Entscheidungsgewalt.“ (2013, S. 105). „Die sozialistischen Experimente scheiterten zwar, doch damit scheiterte nicht die kapitalistische Entwicklung in Russland und China. Nach relativ kurzen Übergangskrisen sind beide Länder zum Kapitalismus zurückgekehrt, und sie

sind heute reicher und mächtiger als zum Zeitpunkt ihres vermeintlichen Bruchs mit dem kapitalistischen Entwicklungsweg.“ (2010, S. 104/04).

Hardt und Negri konstatieren zwar das Scheitern dessen, was bisher als Sozialismus oder Kommunismus prominent geworden ist – sie sehen sich aber selbst durchaus in der Tradition eines freiheitlichen, auf das Gemeinsame orientierten Ansatzes und wollen für sich insofern am Begriff „Kommunismus“ (wohl in seiner ursprünglichen Variante) festhalten. „So wie der Begriff heute im Journalismus verwendet wird, bedeutet Kommunismus zumeist zentralisierte staatliche Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft, eine totalitäre Regierungsform, wie auch der Faschismus eine ist. Wenn ein Begriff dermaßen korrumpiert ist, sollte man ihn eigentlich fallen lassen und einen anderen Namen finden für das, was wir uns wünschen. Doch zumindest in diesem Fall halten wir es für besser, um den Begriff zu kämpfen und auf seiner eigentlichen Bedeutung zu beharren.“ (2010, S. 284/85). Das Buch über das Empire endet mit einem Bezug auf „das Glück, Kommunist zu sein.“ (2003, S. 420).

Die neue wünschenswerte Gesellschaft der Zukunft sehen Hardt und Negri jenseits von Kapitalismus und bürokratischem Sozialismus auf Basis des Gemeinsamen. „Sozialismus und Kapitalismus nun bildeten historisch bisweilen Mischformen und trugen zu anderen Zeiten erbitterte Konflikte aus, doch sind beide Eigentumsregime, die das Gemeinsame ausschließen. Das politische Projekt der Institutionalisierung des gemeinsamen ... stellt sich quer zu diesen falschen Alternativen – dem Projekt geht es weder um privat noch um öffentlich, weder um kapitalistisch noch um sozialistisch, sondern darum, dem politischen Handeln neuen Raum zu öffnen.“ (2010, S. 11). Eine Konkretisierung am Ende des neuesten Buches deutet die Richtung an: es geht um Gemeineigentum unter weitgehender Selbstverwaltung, um möglichst weitgehende Entstaatlichung und Dezentralisierung. Gelobt werden Bewegungen, die den „Übergang vom öffentlichen zum Gemeinbesitz“ anstreben und „einerseits *für* Verstaatlichungen als Instrument gegen das Privateigentum, und andererseits *gegen* den Staat im Interesse des Gemeinsamen und der Selbstverwaltung“ (2013, S. 91) kämpfen.

Die Strukturveränderungen des Kapitalismus und die Erfahrungen des gescheiterten bürokratischen Sozialismus sensibilisieren Hardt und Negri in Bezug auf die mit

Aktivitäten zur Gesellschaftsveränderung verbundenen Gefahren. Sie betonen, „dass die Zeiten eines ... proletarischen Internationalismus vorbei sind“ (2003, S. 63), es ihnen aber ergehen kann wie den „Sowjets, die gegen die Herrschaft des Kapitalismus kämpften, sich schon auf dem Weg in eine neue Demokratie wähnten, aber in den Fängen eines bürokratischen Staatsapparates endeten.“ (2013, S. 90). Das soll in jedem Fall vermieden werden.

4. Ansatzpunkte der Veränderungsstrategie

Hardt und Negri verweisen darauf, dass selbst Marx den Kapitalismus als Fortschritt gegenüber den vorherigen Produktionsweisen gesehen hat und wollen den mit der Globalisierung verbundenen Niedergang der Macht von Nationalstaaten nicht aufhalten, weil „das Empire die grausamen Regime moderner Macht wegwischt und sich dabei das Potenzial der Befreiung verstärkt.“ (2003, S. 57). Insofern stehen sie „keineswegs in Gegnerschaft zur Globalisierung der Verhältnisse als solcher“ (2003, S. 59). Sie sind sich bewusst, dass sie „mit dieser These gegen den Strom unserer Freunde und Genossen in der Linken schwimmen“ (2003, S. 57) und halten es für falsch, „sich auf (neu) begründete lokale Identitäten zu stützen, die in irgendeinem Sinn außerhalb des globalisierten Kapitalflusses und des Empire stehen würden oder dagegen geschützt wären. Die linke Strategie, gegen die Globalisierung Widerstand zu leisten und das Lokale zu verteidigen, ist gleichzeitig schädlich.“ (2003, S. 59).

Der Kern der Idee besteht darin, keinen Widerstand gegen unaufhaltsame Entwicklungen zu leisten, „sondern sie umzugestalten und in Richtung auf andere Ziele zu lenken.“ (2003, S. 13). „Widerstand gegen das Empire lässt sich nicht durch ein Projekt leisten, das auf eine begrenzte, lokale Autonomie abzielt. Wir können nicht zurück zu irgendeiner früheren Gesellschaftsform und auch nicht vorwärts in die Isolation. Vielmehr müssen wir durch das Empire hindurch, um auf die andere Seite zu gelangen ... Der Globalisierung muss mit Gegen-Globalisierung begegnet werden, dem Empire mit einem Gegen-Empire.“ (2003, S. 218/19). Dabei neigen sie dazu, das „Konzept von Governance zu übernehmen, seine imperiale Neigung zu untergraben

und es zu einem demokratischen und revolutionären Konzept umzuformulieren.“ (2010, S. 379).

Der sechste und letzte Teil des Buches von 2010 trägt die Überschrift „Revolution“ (2010, S. 331-82). Lenins Idee der Errichtung von „Übergangsdiktaturen“ (2010, S. 369) halten sie für diskreditiert, und den Absichten der Demokratisierung läuft es zuwider, „wenn irgendeine gesellschaftliche Identität oder Avantgardegruppierung oder -führung die Kontrolle über den Prozess übernimmt.“ (2010, S. 371). Ansetzen wollen sie bei den „Fähigkeiten, die die Menschen in ihrem täglichen Leben und, spezifischer, in den Prozessen biopolitischer Produktion bereits praktizieren... Und die Produktion und Reproduktion von Lebensformen ist exakt die Definition politischen Handelns.“ (2010, S. 371).

Bei der Frage nach einer Revolution beziehen sich Hardt und Negri zunächst positiv auf Antonio Gramsci (1891-1937): „Als Antwort auf diese Frage sieht Gramsci nur eine ‚passive Revolution‘, also einen langen Marsch durch die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft.“ (2010, S. 372). In Anbetracht der neueren gesellschaftlichen Entwicklungen kommen sie dann aber zu dem Schluss: „Wir haben es nicht mit einer Frage des entweder-oder zu tun: entweder Aufstand oder institutioneller Kampf, entweder passive oder aktive Revolution. Vielmehr muss die Revolution gleichzeitig beides sein, Insurrektion und Institution, Transformation von Struktur/Basis und von Superstruktur/Überbau.“ (2010, S. 373). Allerdings: „Gramsci hat prinzipiell nichts gegen den bewaffneten Kampf – wir auch nicht. Entscheidend ist dabei schlicht, dass Waffengewalt nicht immer das beste Mittel ist. Was die beste Waffe gegen herrschende Mächte ist – Gewehre, friedliche Demonstrationen, Exodus, Medienkampagnen, Streiks, ein Überschreiten der Geschlechternormen, Schweigen, Ironie oder was auch immer -, hängt von der jeweiligen Situation ab.“ (2010, S. 374).

Hardt und Negri sind sich sicher, dass es trotz aller Widerstände irgendwann zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen kommen wird – aber wann, wo und in welcher Form kann ebenso wenig prognostiziert werden wie die Frage nach den dann umsetzbaren Konzepten der Neugestaltung als beantwortet gelten kann. „Die Kräfte, die sich uns entgegenstellen, scheinen schier unüberwindlich ... Aber selbst in Momenten der Verzweiflung sollten wir uns daran erinnern, dass in der Geschichte

immer wieder unerwartete und unvorhersehbare Ereignisse eingetreten sind. Man muss kein Apokalyptiker sein, um zu glauben, dass es auch in Zukunft zu solchen Ereignissen kommen wird. Es ist nicht einmal eine Frage der Zahlen: Einmal können Millionen durch die Straßen ziehen, ohne dass sich auch nur das Geringste ändert, und einmal können einige wenige eine ganze Herrschaftsordnung zum Kippen bringen. Manchmal tritt das Ereignis einer wirtschaftlichen und politischen Krise ein, wenn die Menschen leiden, aber manchmal auch in Zeiten des Wohlstands, wenn Hoffnungen und Erwartungen wachsen. Es ist durchaus im Bereich des Möglichen, dass der gesamte Finanzmarkt kollabiert, vielleicht sogar in naher Zukunft. Oder dass sich die Schuldner ein Herz fassen und die Rückzahlung ihrer Schulden verweigern. Oder dass Menschen scharenweise den Mächtigen die Gefolgschaft verweigern. Was tun wir dann? Welche Gesellschaft werden wir errichten?“ (2013, S. 114). Mit dieser Frage endet das Buch von 2013. Antworten zu einzelnen Aspekten geben die Werke an unterschiedlichen Stellen – die Qualität einer ausgearbeiteten Alternative zum globalen Kapitalismus hat das alles aber nicht.

5. Konkrete Schritte zur Umgestaltung des Kapitalismus

Selbst bei sehr genauem Hinsehen sind deutliche Aussagen zu einer Gesellschaft der Zukunft oder gar konkrete politische Schritte zur Gesellschaftsveränderung in den beiden umfangreichen Büchern zum „Empire“ (2003) und zum „Common Wealth“ (2010) erst auf den letzten Seiten erkennbar. Wohl auch deshalb wurde 2013 ein eher kleines Büchlein („Demokratie“) nachgelegt, das verständlich geschrieben und praktisch-politisch (Untertitel: „Wofür wir kämpfen“) orientiert ist.

Am Ende des „Basis-Buches“ über das „Empire“ (2003) werden drei politische Kernforderungen der Multitude (Kapitelüberschrift: „Die Menge gegen das Empire“, S. 401ff) vorgestellt.

(1) Migration und freie Ortswahl für alle

„Massenhafte Migrationen sind unabdingbar geworden für die Produktion.“ (S. 404). Daran anknüpfend ergibt sich für Hardt und Negri „ein erster Baustein zu

einem politischen Programm der globalen Menge, die erste politische Forderung: *Weltbürgerschaft*.“ (S. 406). „Die mobile Menge muss eine globale ‚Staatsbürgerschaft‘ erhalten.“ (S. 369). „Als die wahren Helden der Befreiung der Dritten Welt dürften heute die Emigranten und die Bevölkerungsströme gelten, die alte und neue Grenzen zerstört haben.“ (S. 370). „Weltbürgerschaft bedeutet die Macht der Menge, die Kontrolle über den Raum wiederzuerlangen und damit eine neue Weltkarte zu entwerfen.“ (S. 407).

(2) Bürgereinkommen für alle

Die „zweite programmatische politische Forderung der Menge: *nach einem sozialen Lohn und nach einem garantierten Einkommen für alle*.“ (S. 409). „Die Forderung nach einem sozialen Lohn erweitert die Forderung, dass jede für die Kapitalproduktion nötige Tätigkeit durch gleiche Kompensation Anerkennung findet, auf die gesamte Bevölkerung, so dass ein sozialer Lohn letztlich ein garantiertes Einkommen darstellt. Und da die staatsbürgerlichen Rechte allen zustehen, können wir dieses garantierte Einkommen als Bürgereinkommen bezeichnen, das jedem als Mitglied der Gesellschaft zusteht.“ (S. 410). Einen wesentlichen Vorteil erläutern sie später: „Eine solche Reform, die Zeitfreiheit verschaffen würde, wäre die Einführung eines garantierten Mindesteinkommens auf nationaler oder globaler Ebene, das jedem arbeitsunabhängig gezahlt wird. Das Einkommen von der Arbeit zu trennen würde jedem mehr Kontrolle über seine Zeit ermöglichen.“ (2010, S. 318).

(3) Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Selbstbestimmung

„Damit können wir eine dritte politische Forderung der Menge formulieren: *das Recht auf Wiederaneignung*. Dies meint zu allererst das Recht auf Wiederaneignung der Produktionsmittel.“ (S. 413). Diese Forderung bezieht sich nicht nur auf Maschinen und Materialien, sondern bedeutet auch „freien Zugang zu und Kontrolle über Wissen, Information, Kommunikation und Affekte zu haben. ... Das Recht auf Wiederaneignung ist somit in Wahrheit das Recht der Menge auf Selbstkontrolle und autonome Eigenproduktion.“ (S. 413). Das

führt am Ende zu einer vernetzten Produktion in einer „Gesellschaft ohne Kapitalisten und Arbeiter“ (S. 341).

Diese Konzepte werden in dem Buch „Common Wealth“ (2010) in ähnlicher Form erneut vorgetragen (S. 317-319 und 387/88) und um weitere Ideen ergänzt.

(4) Verbesserung der Umweltsituation

„Die grundlegenden Infrastrukturbedürfnisse zu befriedigen ist also in erster Linie eine Umweltfrage, denn die Umweltverschmutzung ist ein zentrales Hindernis, wenn es um den Zugang zu angemessener Ernährung, sauberer Luft und Trinkwasser sowie zu anderen zum Überleben notwendigen Dingen geht.“ (S. 317).

(5) Weltweite Bildungsinitiative

„Jeder muss lernen, wie er mit Sprache, Codes, Ideen und Affekten arbeitet – und darüber hinaus, wie er mit anderen arbeitet. Nichts davon ist von Natur aus vorhanden. Es müsste so etwas wie eine weltweite Bildungsinitiative geben, die für alle Bildung verpflichtend vorsieht, von den grundlegenden Fähigkeiten im Lesen und Schreiben bis hin zu weiterführender Bildung in Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften.“ (S.317).

(6) Offene Kommunikations-Infrastruktur

„Eine solche Infrastruktur müsste eine offene physikalische Ebene (darunter den Zugang zu Kommunikationsnetzwerken, ob über Kabel oder drahtlos), eine offene logische Ebene (zum Beispiel offene Codes und Protokolle) und eine offene inhaltliche Ebene (wie etwa kulturelle, geistige und wissenschaftliche Werke) umfassen. Eine solche kommune Infrastruktur wäre ein Gegenpol zu den Mechanismen der Privatisierung mit ihren Patenten, Copyrights und anderen Formen immateriellen Eigentums, die die Menschen davon abhalten, das Reservoir an bestehenden Ideen, Bildern und Codes zu nutzen, um daraus neue zu produzieren.“ (S. 317).

(7) Partizipatorische Demokratie

„Eine mögliche Reform ... ist die Einführung von Mechanismen partizipatorischer Demokratie auf allen Regierungsebenen, damit die Multitude gesellschaftliche Kooperation und Selbstregierung lernen kann.“ (S. 319).

Das Büchlein (120 Seiten) mit dem Titel „Demokratie. Wofür wir Kämpfen“ (2013) greift diese Ansätze auf und ergänzt sie um weitere Vorschläge.

(8) Verweigerung der Zahlung von Schulden

„Die Rückeroberung unserer Handlungsfähigkeit beginnt mit einer Verweigerung. Nein. Wir werden *eure* Schulden nicht bezahlen. Wir lassen uns nicht aus unsren Häusern vertreiben. Wir unterwerfen uns eurem Spardiktat nicht. Stattdessen wollen wir uns euren Reichtum nehmen, der in Wirklichkeit uns gehört.“ (S. 41).

(9) Schaffung von Wohnraum

„Wohnraum ist in allen Teilen der Welt ein drängendes Problem. ... Daher müssen Projekte zur Schaffung von Wohnraum von Kampagnen gegen Zwangsräumungen begleitet werden.“ (S. 67).

(10) Wasser als Gemeingut in Selbstverwaltung

„Um eine Ressource wie das Wasser zum Gemeingut erklären zu können, sind Maßnahmen erforderlich, die nicht nur das Gut selbst betreffen, sondern seine gesamte Infrastruktur. Um den freien Zugang zum Wasser zu garantieren, müssen die komplexen Gerätschaften zur Verteilung und Reinigung des Wassers von einem effektiven demokratischen Management geführt werden und den Entscheidungen der Bürger selbst unterliegen. Wir sprechen bewusst von Bürgern, nicht von Nutzern oder Kunden, um zu unterstreichen, dass das Wasser und seine Infrastruktur durch eine egalitäre und demokratische Beteiligung verwaltet wird.“ (S. 79/80).

(11) Banken in Gemeineigentum und demokratisch kontrollieren

Banken müssen „gemeinsam und im Namen des Gemeinwohls geführt und das Finanzwesen muss zu einem Instrument der demokratischen Planung umgestaltet werden.“ (S. 83). Dabei geht es auch darum, „die Investitionstätigkeit der demokratischen Kontrolle durch die Bürger zu unterstellen.“ (S. 84).

Hardt und Negri distanzieren sich explizit von Zusammenbruchstheorien, die glauben, dass nach einer Krise „wie eine Art Phönix aus der Asche eine neue Wirtschaftsordnung entstehen wird.“ Sie wollen auch keine „sozialistische Übergangskonzeption; diese prophezeit einen Transfer von Reichtum und Kontrolle vom Privaten zum Öffentlichen und damit eine stärkere staatliche Regulierung, Kontrolle und Steuerung gesellschaftlicher Produktion. Der Übergang, von dem wir hier ausgehen, verlangt hingegen die zunehmende Autonomie der Multitude gegenüber privater wie staatlicher Kontrolle ... und damit eine fortschreitende Akkumulation des Gemeinsamen.“ (2010, S. 320).

Sie beharren auf der Hoffnung: „Das einzige Ereignis, auf das wir noch immer warten, ist dasjenige der Errichtung oder genauer: der revolutionären Erhebung einer mächtigen Organisation. ... Feste Modelle haben wir für dieses Ereignis nicht zu bieten. Erst die Menge wird im praktischen Experiment diese Modelle bereitstellen und darüber bestimmen, wann und wie das Mögliche Wirklichkeit wird.“ (2003, S. 417/18).

6. Kritische Anmerkungen

Hardt und Negri entwickeln analytische und politisch-strategische Beiträge aus einer marxistischen Perspektive, politisch kann man sie wohl als „demokratische Kommunisten“ bezeichnen. Sie kritisieren sowohl den globalisierten Kapitalismus wie den bürokratischen Staatssozialismus und wünschen sich eine auf Selbstorganisation und Selbstverwaltung basierende demokratische Gesellschaft, in der sich die zentralen Ressourcen und die Produktionsmittel in Gemeineigentum befinden. Der Grundansatz ist nicht völlig neu, er wurde (zumindest in ähnlicher Form) in

Deutschland z. B. innerhalb der sozialistischen (USPD, SAPD) und der kommunistischen (KPO) Bewegung und nach 1968 in Teilen der außerparlamentarischen Opposition, im Rahmen des Sozialistischen Büros (Offenbach) und auch bei den Jungsozialisten (Stichwort: jugoslawisches Modell der Selbstverwaltung) diskutiert. Das Problem dieser Vision: es gibt keine wirklich überzeugenden theoretischen Konkretisierungen in Bezug auf die Ausgestaltung einer solchen Gesellschaft (ökonomisches Funktionieren, demokratische Strukturen) und kein erfolgreiches Praxisbeispiel für einen solchen „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und bürokratischem Sozialismus.

Hardt und Negri denken eher in sehr langen historischen Dimensionen. Die Globalisierung halten sie (u. a. wegen des Machtverlustes der Nationalstaaten) im Prinzip für einen Fortschritt, den man nicht aufhalten kann und/oder soll; lokale Identitäten oder eine Arbeiteridentität sollen nicht verteidigt werden: mit dem Aufbau einer neuen Gesellschaft muss es ohnehin global vergleichbare Verhältnisse geben, und in der Menge der gleichen Produzenten gibt es die Trennung von Kapitalisten und Arbeitern ohnehin nicht mehr.

In der digitalen Vernetzung von Produktion und Leben sehen sie die entscheidende Sprengkraft für das kapitalistische System: die neuen Produktivkräfte stoßen an die Grenzen der auf Privateigentum basierenden alten Produktionsverhältnisse, die Menschen können sich dem Kapital entziehen („doppelte Subjektivität“) und gemeinsame Ressourcen aufbauen und nutzen. Es gibt einen zunehmenden Drang, nach neuen Prinzipien kreativ zu produzieren, und dezentraler Widerstand kann sich (auch global) vernetzen. Die neue Gesellschaft entwickelt sich im Schoß der alten – im Zweifel auch sehr langsam.

Hardt und Negri vertrauen auf die Macht der Menge und darauf, dass sie zur demokratischen Selbstorganisation von Produktion und Gesellschaft in der Lage ist – und das (zumindest irgendwann) auch auf globaler Ebene. Eine solche Entwicklung ist natürlich nicht für immer und ewig auszuschließen - wohl aber für einen halbwegs überschaubaren Zeitraum (von vielleicht einigen, wenn nicht gar von sehr vielen Jahrzehnten). Insofern ist es nur konsequent, dass sie explizit betonen, dass sie weder den Zeitpunkt noch die konkreten Abläufe und Ergebnisse einer revolutionären Erhebung benennen können. Wünschenswert wäre allerdings der Verzicht auf die Bekundung von Verständnis für gewaltsamen Widerstand oder bewaffnete Aufstände gewesen.

Die referierten elf politischen Konkretisierungen sind allesamt schon einmal in irgendwelchen Diskussionen aufgetaucht und haben mehr oder weniger überzeugte Anhänger. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit ihnen kann hier nicht erfolgen, aber einige kritische Anmerkungen sollen doch gemacht werden. Es fällt schwer, sich vorzustellen, wie über Jahrhunderte gewachsene (nationale, regionale) Gesellschaften funktionieren sollen, wenn sich jeder **Weltbürger** an jedem Ort seiner Wahl niederlassen kann und jeder Emigrant aus der Dritten Welt als Held der Befreiung gefeiert wird. Schön ist, wenn dann auch noch allen Menschen überall ein **garantiertes Einkommen** unabhängig von ihrer Arbeit zur Verfügung gestellt werden kann – dass wird allerdings erst dann möglich sein, wenn das Problem der Produktion des zu verteilenden Reichtums gelöst ist. Grundlegende Maßnahmen zur Verbesserung der **Umweltsituation** sind ebenso sinnvoll wie eine weltweite **Bildungsinitiative** – sie sind allerdings innerhalb der kapitalistischen Strukturen möglich. Sprengkraft hat die Forderung nach einer offenen **Kommunikations-Infrastruktur**, wie zuletzt z. B. die EU-Debatten um das Urheberrecht gezeigt haben. Hier stoßen in der Tat neue Möglichkeiten der Produktion und Verteilung von (immateriellen) Gütern an die Grenzen von bestehenden Eigentumsverhältnissen (oder Einkommensinteressen von kreativen Produzenten). Die Ausweitung der **partizipatorischen Demokratie** weist nicht über den Kapitalismus hinaus. Selbst der Ausbau von Rätestrukturen stellt noch nicht die „Systemfrage“, wohl aber die Frage nach dem Sinn einer Veränderung der parlamentarischen Demokratie, die sich in großen Gesellschaften zweifelsfrei bewährt hat. Revolutionär ist die Forderung nach einer **Verweigerung der Zahlung von Schulden**. Ganz abgesehen von einem Problem der Gerechtigkeit (Schulden werden ja auf Kosten von jemandem gemacht, der etwas zu verleihen hat und möglicherweise selber auf eine Rückzahlung angewiesen ist – und ein Besitz auf Basis von Ersparnis ist dann gleichgestellt mit kreditfinanziertem „Besitz“) würde jede Ökonomie und jede soziale Ordnung in Windeseile komplett zusammenbrechen. Das **Schaffen von Wohnraum** ist wichtig und nötig, und Obdachlosigkeit ist inhuman. Wenn aber Zwangsräumungen generell und grundsätzlich ausgeschlossen werden, gilt im Zweifel das Recht des Stärksten oder des Dreistesten – man nimmt sich, was man zu brauchen meint, und Zinsen oder Mieten zahlen nur die Dummen. Die Betrachtung von **Wasser als Gemeingut** ist eine vernünftige Idee – die Wasserversorgung war und ist heute schon an vielen Stellen in

öffentlicher Hand, allerdings zumindest in größeren Gesellschaften/Gemeinden eher selten unter demokratischer Selbstverwaltung (wie soll das konkret aussehen?). Die **Überführung von Banken in Gemeineigentum** ist bisher eher als Verstaatlichung oder Teilverstaatlichung in Zeiten der Krise erfolgt, hat wenig am globalen Finanzsystem geändert und im Zusammenhang mit einigen (inzwischen ganz oder teilweise vom Markt verschwundenen) deutschen Landesbanken den Begriff des Staatsversagens populär gemacht. Die Forderung von Hardt und Negri, die Banken zu einem Instrument der demokratischen Planung zu machen und sie der demokratischen Kontrolle durch die Bürger zu unterwerfen, sprengt erst einmal die vorhandene Vorstellungskraft und bedarf sicherlich der weiteren Konkretisierung.

Auf jeden Fall schaffen es Hardt und Negri, ein Konzept für die Abschaffung des bisher bekannten Kapitalismus vorzustellen: wenn man sich die Umsetzung aller ihrer 11 politischen Forderungen vorstellt, ist das private Eigentum an Produktionsmitteln, Geldvermögen und Immobilien zumindest weitgehend abgeschafft, die Unterschiede zwischen Reich und Arm sind zumindest weitgehend beseitigt und einen ökonomischen Zwang zur Arbeit gibt es anscheinend auch nicht mehr. Wahrscheinlich entspricht diese Vorstellung kommunistischen Idealen für eine sehr ferne Zukunft. Wie eine solche Gesellschaft auf absehbare Zeit ökonomisch funktionieren kann und wie die (konfliktreichen) Probleme der Steuerung und Verteilung urdemokratisch gelöst werden sollen – sich das vorzustellen fällt sehr schwer, und dazu geben Hardt und Negri keine näheren Auskünfte. Insofern hätten die Werke nicht als „Alternative zum globalen Kapitalismus“ angekündigt werden dürfen, sondern vielleicht eher als „Programm zur konsequenten Abschaffung des privaten Eigentums“ bezeichnet werden sollen.

Die Lektüre und das Verständnis der Bücher von Hardt und Negri erfordern einige Anstrengung, die Überlegungen der Autoren sind nicht leicht nachvollziehbar und an vielen Stellen zu kritisieren. Aber es sind interessante Gedankengänge und radikale Analysen und Vorschläge, mit denen die Auseinandersetzung lohnt. Die Diskussion der Thesen ist dazu geeignet, Probleme in den Blick zu bekommen und analytische wie politische Klärungen herbeizuführen.